

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet · gemeinnützige Körperschaft



Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)432 A

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 13.05.2024 von

Dr. Fritz Felgentreu,
Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

Grundlagen

Der vorliegende Antrag zielt auf eine Stärkung unserer demokratischen Werte und der auf ihnen basierenden Institutionen durch unterschiedliche Maßnahmen, von denen sich einige dezidiert auf unser Grundgesetz beziehen, andere nicht.

Im Folgenden werde ich auf jene Maßnahmen eingehen, die den entsprechenden Verfassungsbezug aufweisen und zu denen ich, gestützt auf die Geschichte und die Erfahrungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., kompetent Stellung beziehen kann.

Hintergrund

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde am 22. Februar 1924 in Magdeburg als überparteiliches Bündnis auf Initiative der SPD, der liberalen Deutschen Demokratischen Partei und der katholischen Zentrumspartei gegründet. Mit diesem demonstrativen Schulterchluss reagierten die staatstragenden demokratischen Parteien auf die zahlreichen Morde, links- und rechtsextremistische Putschversuche und das Klima der politischen Gewalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Schnell entwickelte sich das Reichsbanner zur größten politischen Massenorganisation mit weit über einer Million Mitgliedern. Als Verband republikanisch gesinnter Veteranen des Ersten Weltkriegs organisierte es damals ausschließlich Männer. Zum kulturellen Umfeld der Organisation gehörten gleichwohl auch die Frauen.

Ab 1931 kämpften Reichsbanner, SPD und Gewerkschaften u.a. in der Eisernen Front gemeinsam gegen die Nationalsozialisten. Nach deren Machtergreifung 1933 wurde das Reichsbanner verboten. Seine Mitglieder wurden verfolgt, mussten ins Exil gehen oder wurden Teil des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Neben fünf Reichskanzlern waren bekannte Mitglieder des Reichsbanners u.a. Philip Scheidemann, Otto Wels, Julius Leber, Kurt Schumacher, Fritz Bauer, Paul Löbe und Theodor Heuss.

Ein wesentliches Element der Aktivitäten des Reichsbanners war die Organisation sogenannter „Verfassungsfeiern“. Die Weimarer Verfassung war die am 31. Juli 1919 in Weimar beschlossene, am 11. August unterzeichnete und am 14. August 1919 verkündete erste demokratische Verfassung Deutschlands. Interessant ist es, dass die SPD mit ihrem Vorschlag, den Verfassungstag zu einem Feiertag zu machen, sich im Reichstag nie durchsetzen konnte. Im Land Bayern war es nicht einmal möglich, an diesem Tag die öffentlichen Gebäude in den Farben der Republik zu schmücken.

BUNDESVORSTAND

Dr. Fritz Felgentreu · Diana Bäse Dirk
Sielmann · Marlon Bünck Alexander
Lehmann · Marius Grünhagen · Jörg
Sommer

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Geschäftsführer: Lucas Koppehl

KONTAKT

kontakt@reichsbanner.de
www.reichsbanner.de
Tel.: 030 26 39 89 038
Fax: 030 26 39 89 008

KONTOVERBINDUNG

IBAN: DE87 5003 3300
1007 7651 00
BIC: SCFBDE33XXX
Santander Bank

VEREINSREGISTER

Vereinsstz: Berlin
Amtsgericht Charlottenburg
VR 32601 B
Als gemeinnützig anerkannt.

META

Gegründet: 22.02.1924, Magdeburg
Wiedergegr.: 28.10.1953, Bremen
Kooperationspartner:
Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Diese Verfassungsfeiern, an denen deutschlandweit alljährlich Hunderttausende teilnahmen, sollten über ein öffentliches Bekenntnis zu den Grundlagen der Demokratie und ein Erinnern an deren lange Vorgeschichte bis zurück zu den Ereignissen von 1848/49 die demokratischen Traditionen Deutschlands hochhalten und stärken.

Tag des Grundgesetzes

Vor diesem historischen Hintergrund ist unserer Auffassung nach eine Aufwertung des Tages des Grundgesetzes grundsätzlich positiv zu würdigen. Ob dies in Form eines reinen Gedenktages sinnvoll ist, bliebe zu diskutieren. Grundsätzlich wäre der volksnahe Ansatz das Grundgesetz zu feiern, wie er in diesem Jahr praktiziert wird, dem des Gedenkens vorzuziehen. Einen solchen Tag vor allem ritualisiert zu begehen, würde angesichts der Herausforderungen, vor denen unsere Demokratie steht, den Anforderungen möglicherweise nicht ausreichend gerecht.

Insofern sollte ein Tag des Grundgesetzes auch nicht durch formale Vorgaben wie eine obligatorische Rede des Bundeskanzlers oder Bundespräsidenten „Zur Lage der Nation“ eingeschränkt werden. Vielmehr wären bundesweite Festveranstaltungen unter aktiver Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen zu begrüßen. Das Reichsbanner wünscht sich fröhliche Menschen aus allen Milieus unseres Landes, die unter einem Himmel voller Schwarz-Rot-Gold gemeinsam feiern.

Patriotismus muss in einer modernen und vielfältigen Gesellschaft immer auch ein Verfassungspatriotismus sein, der nicht zwischen „Deutschen“ einerseits und der „Gesamtgesellschaft“ andererseits unterscheidet, sondern der als Angebot und Verpflichtung gleichermaßen an alle Teile der Bevölkerung appelliert.

Nationale Symbole und Patriotismus

Im zweiten Teil des Antrages werden diverse Maßnahmen vorgestellt, die sich mit unterschiedlich stringentem Bezug den Themen „nationale Symbole und Patriotismus“ widmen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat sich bei seiner Wiedergründung in der Bundesrepublik Deutschland bewusst auch im Namen den Farben der Republik verbunden gezeigt, weil diese seit der Märzrevolution von 1848 vor allem und zuerst die Farben der Freiheit sind und waren. Diese wieder stärker im öffentlichen Leben zu verankern ist unbedingt erstrebenswert – aber eben bewusst nicht als Ausdruck rein nationaler, sondern republikanischer, also freiheitlicher Werte.

Das sichtbare Symbol der Werte des republikanischen deutschen Nationalstaats sind die Farben Schwarz, Rot und Gold. Als Farben der Freien Republik haben sie nach dem Zusammenbruch der Monarchie die politische Idee einer neuen Zeit versinnbildlicht, eine Idee, die in patriotischer Loyalität zum Nationalstaat jedem aggressiven Nationalismus, dem Antisemitismus und jeder Unterdrückung von Minderheiten den Kampf ansagte. Unter dem schwarz-rot-goldenen Banner trafen sich über die Grenzen von Konfession, Klasse und Partei hinweg überzeugte Demokraten, die die Schrecken des Weltkriegs erlebt hatten und deshalb für das demokratische Gemeinwesen eintraten.

Vom ersten Tag an zogen diese Idee und mit ihr die Farben Schwarz-Rot-Gold den Hass aller Feinde der republikanischen Freiheit auf sich. Kommunisten versammelten sich hinter roten Fahnen, Nationalliberale, Deutschnationale und Monarchisten klammerten sich an das überwundene Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreichs, die Nazis verwendeten es für ihre Hakenkreuzfahne. Vor diesem Hintergrund kann es nur als ein grotesker Etikettenschwindel bewertet werden, dass die geistigen Erben der Deutschnationalen und Nationalsozialisten heute versuchen, sich der Farben Schwarz-Rot-Gold zu bemächtigen.



Fazit

Die Präsenz der Farben von Demokratie und Rechtsstaat ist in unserer Gesellschaft ein höchst aktuelles Thema. Bei der Auseinandersetzung mit ihnen und dem Bekenntnis zu ihnen darf es aber nicht nur um ein ritualisiertes Flaggezeigen gehen: Eine offensive Bildungs- und Bewusstseinsarbeit ist das Gebot der Stunde.

Seit sie besteht, hatte und hat unsere freiheitliche Demokratie Feinde. Sie bedarf der Wachsamkeit und der Wehrhaftigkeit. Unsere freiheitlichen Symbole werden von jenen missbraucht und umgedeutet, die sie verachten. Für alle, die sich zu Republik, Freiheit und Rechtsstaat bekennen, ist es daher eine wichtige Aufgabe, sich die Farben Schwarz-Rot-Gold wieder selbstverständlich zu eigen zu machen. Die Auseinandersetzung darüber ist weder eine akademische noch eine rein symbolische: Es geht vor allem um Werte und um Haltung.

Diese Haltung zu fördern sollte im Zentrum aller Bemühungen stehen. Wir erkennen und begrüßen sie auch in dem vorliegenden Antrag.

Unser Grundgesetz gemeinsam zu feiern ist ebenso wichtig wie die Verteidigung unserer Farben.

Nicht minder notwendig ist eine stets klare Positionierung der demokratischen Parteien sowie der konsequente Verzicht auf Zusammenarbeit mit Gegnern der Demokratie auf allen Ebenen und unter allen Umständen.